

TECH FOR
NET ZERO
ALLIANZ

Innovationspolitik zur Klimaneutralität

Kurzanalyse von Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021

Über die Tech for Net Zero Allianz

Die Allianz setzt sich aus hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern von Start-ups, Unternehmen, Investoren und Think Tanks zusammen. Unsere Mitglieder gehören zu den führenden Innovationsakteuren im deutschen Markt – daher verstehen sie die Bedürfnisse und Herausforderungen von Innovatoren und Start-ups entlang des Innovationszyklus genau. Um die Potenziale von innovativen Technologien zur Erreichung der Klimaneutralität voll ausschöpfen zu können, müssen diese in allen Phasen ihrer Entwicklung unterstützt und Barrieren ausgeräumt werden.

Bundestagswahl 2021

In der diesjährigen Bundestagswahl spielen die deutschen Klimaschutzziele eine wichtige Rolle. Die kommende Bundesregierung steht vor großen Herausforderungen, um die Wirtschaft umzustrukturieren und klimaneutrale Technologien als Mehrwert für den Klimaschutz zu fördern. In diesem Rahmen sind Climate Tech Start-ups ein wichtiger Faktor, um die Klimaschutzziele zu erreichen und den Industriestandort Deutschland langfristig zu stärken.

Die größten Risiken für kapitalintensive Klimatechnologien bestehen weit vor der Markteinführung. Unsere Handlungsempfehlungen sollen die kommende Bundesregierung unterstützen und zeigen, wo es an politischer Kraft braucht, um Technologien zur Dekarbonisierung zu stärken. Die Tech for Net Allianz steht der Politik als Austauschpartner zur Verfügung.

Der Innovationszyklus

Der Innovationszyklus beginnt mit Forschung und Entwicklung, gefolgt vom Transfer von Technologien aus der Forschung in den Markt, dem Aufbau eines Climate Tech Unternehmens und der Skalierung am Markt. Hier sollten insbesondere Ausgründungen aus Forschungsinstitutionen vereinfacht und standardisiert werden.

Generell ist es empfehlenswert die bürokratischen Hürden und zu große finanzielle Belastungen für neue Gründungen zu reduzieren. Markteintrittsbarrieren, wie zum Beispiel eine überbordende Regulierung durch mehrere Behörden, sollten in einem zentralen einstufigen Prozess, wie beispielsweise sogenannten „One-Stop-Shops“, zusammengeführt werden.

Von der Pre-Seed Phase bis zur Wachstumsphase sollte der Zugang zu Kapital erleichtert werden – auch unter Einbeziehung von zusätzlichen Privatinvestoren. Dazu zählen auch konkrete Instrumente zur Überwindung von Investitionshürden am Kapitalmarkt, wie eine Beteiligung der öffentlichen Hand an der Verteilung der Risiken auf Basis des Blended Finance-Ansatzes und durch „Carbon Contracts for Difference“ (CCfD).

Damit Climate Tech Innovationen ihr volles Marktpotential ausschöpfen können, sollte die neue Bundesregierung faire Rahmenbedingungen schaffen. Durch eine Einführung eines entsprechenden CO₂-Preises in allen Sektoren kann eine Kostenwahrheit geschaffen werden, die bisher versteckte Kosten von CO₂-intensiven Technologien transparent macht und dadurch Climate Tech Innovationen faire Marktchancen bietet.

Forschung & Entwicklung

Test & Validierung

Einführung

Skalierung

Marktdurchdringung

Empfehlung

Klimaneutrale und innovative Technologien können einen wichtigen Teil zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen. Es bedarf einer klaren Positionierung der kommenden Bundesregierung. Ein wichtiger Schritt: die Vereinfachung von Ausgründungen. Forschung muss einfacher und schneller in den Markt gelangen. Daher empfehlen wir:

- **Goldstandard für Ausgründungen:** klare Vorgaben schaffen, um Klimatechnologien nicht einzuschränken.
- **Niedriger einstelliger Prozentbereich an Unternehmensanteilen für Forschungseinrichtungen:** alle Stakeholder eines Klima-Start-ups sollten dieselben Interessen verfolgen.
- **Verzicht von Umsatzbeteiligung und Lizenzgebühren,** denn die Forschung wird oftmals aus Steuermitteln finanziert.

MEHR INFOS ZU DER THEMATIK:

Impuls 2: Mehr Ausgründungen von Climate Tech Start-ups aus deutschen Forschungseinrichtungen

Empfehlung

In Zeiten des Klimawandels sollten potentielle Gründende im Klimatechnologie-Sektor ermutigt werden. Bürokratische Hürden sollten abgebaut werden – dies betrifft besonders die Finanzierung. Bereits vor der Gründung wirken hohe Anfangsinvestitionen abschreckend auf mögliche private Investoren. Daher braucht es bessere öffentliche Förderungen, damit Klimainnovationen schneller in den Markt transferiert und private Investoren mobilisiert werden.

- **Matching Grants:** Öffentliche Zuschüsse doppelte private Investitionen, ein international bewährtes Förderinstrument für Hardware Start-ups. Das technische Risiko wird reduziert, während private Investoren weiterhin das Markt- und Implementierungsrisiko tragen. Gründende gewinnen mehr Planungssicherheit.
- **Green Procurement:** Durch die Festschreibung klimasensibler, technischer Spezifikationen bei öffentlichen Vergabeverfahren, dem sogenannten „Green Procurement“, kann der Markthochlauf beschleunigt werden, sodass Climate Tech Start-ups und KMUs ihre Lösungen schneller zur Anwendung bringen können.

MEHR INFOS ZU DER THEMATIK:

Impuls 1: Finanzierung von Climate Tech Start-ups

Empfehlung

Eine weitere Hürde bei Markteintritt sind die hohen Fixkosten für Climate Tech Start-ups. Das hohe wirtschaftliche Risiko schreckt auch potentielle Investoren ab.

- **Bürgschaften und Garantien:** Zur Risikoreduktion während des Übergangs zur Wachstumsphase. Wenn diese unbürokratisch erteilt werden, können Climate Tech Start-ups gestärkt werden.
- **Wagniskapital:** Zusätzliches Wagniskapital ist für Start-ups in der Frühphase unabdingbar – bereits ab A-Runden Finanzierung kann öffentliches Wagniskapital überbrücken. Der neu aufgesetzte DeepTech Future Fonds sollte daher bereits ab der A-Serie ansetzen und ausgeweitet werden.
- **Zugang zu Informationen:** Ein kostengünstiger Zugang und Ausbau der frei zugänglichen Formate für Innovatoren, damit diese Marktinformationen erhalten.

MEHR INFOS ZU DER THEMATIK:

Impuls 1: Finanzierung von Climate Tech Start-ups

Empfehlung

Um den Markt von Climate Tech in Deutschland zu stärken, brauchen Start-ups in der Wachstumsphase mehr Unterstützung. Bisher fehlt es im Vergleich zum angloamerikanischen oder asiatischen Raum an dem nötigen Wagniskapital. Dies liegt nicht zuletzt an dem, im Vergleich zu dem großen und einheitlichen Markt in den USA, stark fragmentierten Markt in der EU. Investoren gehen hier hohe Risiken ein, obgleich die Innovationen auch einen gesellschaftlichem Mehrwert haben.

- **Grenzüberschreitende EU-Wachstumskapitalfonds:** Eine EU-weite Förderung von Wachstumskapitalfonds hilft den Skalierungstau bei Climate Tech Start-ups abzubauen, der diese bereits zur Abwanderung in innovationsfreundlichere Regionen zwingt.
- **Nachfrage ankurbeln und Harmonisierung der Regulierungen:** Das Setzen von Nachfragesignalen in zukunftssträchtigen Bereichen wie grünem Wasserstoff oder Sustainable Aviation Fuel beschleunigt das Wachstum dieser zentralen Zukunftstechnologien. Eine Harmonisierung der unterschiedlichen Marktregulierungen erleichtert Start-ups die grenzüberschreitende Skalierung ihrer Innovationen innerhalb der EU.

Empfehlung

Die Klimaschutzziele sind Herausforderung und Chance zugleich. Climate Tech können den deutschen Industriestandort langfristig stärken. Daher sollte die kommende Bundesregierung Klimatechnologien zur Dekarbonisierung besser fördern.

- **Politisches Handeln:** Reformen auf den Weg bringen, u.a. beim EEG, um neue Anreize für Climate Tech Innovationen zu setzen.
- **Einheitlicher CO₂-Preis:** Ziel sollte ein über alle Sektoren einheitlicher CO₂-Preis in Deutschland sein, der zügig in ein alle Sektoren umfassendes Europäisches Emissionshandelssystem (EU-ETS) mit einem Mindestpreis überführt wird.
- **CO₂ freie Produktion:** Carbon Contracts for Difference (CCfD) sollte bundespolitisch flankiert werden, um die Finanzierung von CO₂-freien Produktionsanlagen der Schwerindustrie verfügbar zu machen.
- **Climate Tech priorisieren:** Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen und die Erhöhung des CO₂-Preises würden den Marktfokus langfristig ändern und Climate Tech stärken.
- **EU- weite Kooperation:** Gemeinsame Koordination und Kooperation der europäischen Klimapolitik, damit einzelne Staaten keine Wettbewerbsnachteile bei stärkerer Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen befürchten müssen (bspw. Carbon Border Adjustment Mechanism oder transatlantischer „Klima Club“).

Vorschläge der Parteien



- Bis 2025 will die Union 3,5% des BIP für Forschung und Entwicklung anwenden.
- Europa soll zukünftig auf KI, Quantentechnologie, Halbleiter, Wasserstoff und Blockchain setzen.
- Schlüsseltechnologien sollen entwickelt und hergestellt werden.
- Digitalisierung: kosteneffizienter CO₂ verringern, Start-ups mit Schwerpunkt Energie- und Ressourceneffizienz fördern, Clean Tech-Forschung fördern.
- Fortführung Exzellenzstrategie, Schaffung neuer Möglichkeiten zur dauerhaften institutionellen Förderung für erfolgreiche Cluster.
- Positiv gestimmt gegenüber dem Pakt für Forschung und stabiles Wachstum, sowie der außeruniversitären Wissenschafts-Innovation (PFI).
- Schaffung von Technologiebiotopen (im Fokus innovative Unternehmen), die Union garantiert in diesem Rahmen eine Handlungsfreiheit und eine verlässliche Grundfinanzierung.

(Wahlprogramm CDU/CSU; S. 24, 42, 84f, 89)



- Die SPD will die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf mind. 3,5% des BIP steigern.
- Die Innovationsförderung soll aufgestockt und im Bereich Umwelt-/Klima-/Ressourcenschutz ausgebaut werden.
- Mehr Fördergelder für Open Science und Wissenschaftskommunikation.
- Vorantreiben von Forschung, Entwicklung und Pilotprojekten für einen CO₂ freien Verkehr und Ausbau von einer umweltfreundlichen Wasserstoffwirtschaft.

(Wahlprogramm SPD; S. 12, 21)



- Stärkung von Forschung und Innovationen für klimagerechtes Wirtschaften.
- Um im Standort-Wettbewerb mithalten zu können, soll es eine stärkere europäische Vernetzung von Spitzenforschung geben.
- Gründung einer eigenständigen Innovationsagentur (D.Innova) zur Stärkung regionaler Innovationsökosysteme mit Fokus auf globalen Nachhaltigkeitszielen.
- Erhöhung der steuerlichen Förderung von Forschung für KMU (Risikoreduzierung durch Starthilfe und mehr Planungssicherheit) für langfristige Klimaschutzinvestitionen.

(Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen; S. 16, 61, 66, 69, 76, 77)

Vorschläge der Parteien



- Förderung von moderner Forschungspolitik, als Grundlagen für Innovationen und Fortschritt.
- Ausbau der Grundlagenforschung für mehr Innovationen, durch eine Grundlagenforschungsinitiative.
- Stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung.

(Wahlprogramm FDP; S. 6, 18f)



- Ausrichtung der Innovations- und Technologieförderung des Bundes sollen strategisch ausgerichtet werde, technische und soziale Innovationen sind wichtig.
- Gelder für Forschung und Entwicklung sollen für die Stärkung einer regionalen Industriekultur durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräten kontrolliert werden.
- Das Forschungsförderungsgesetz soll einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen Ökonomie verankern.
- Ausbau der Forschung für eine längere Einsatzdauer und Nutzbarkeit, u.a. von Fahrzeugen, Elektrofahrzeugen, nachhaltige/umweltfreundliche Batterieproduktion etc.
- Ablehnung von der Bereitstellung öffentlicher Gelder zur Entwicklung von Flugtaxi/Lieferdrohnen.

(Wahlprogramm DIE LINKE; S. 55, 61, 65f)

Vorschläge der Parteien



- Ergänzung der Hightech-Strategie durch eine soziale Innovationsstrategie. Geöffnet werden das EXIST-Gründerprogramm, der High-Tech Gründerfonds und der INVEST-Zuschuss für Sozialunternehmen.
- Ermöglichung einer Unternehmensgründung binnen 24 Stunden online.
- Abbauen von Hürden für Ausgründungen durch ein Innovationsfreiheitsgesetz.
- Finanzielle und rechtliche Erleichterung von Ausgründungen und Scale-ups.

(Wahlprogramm CDU/CSU; S. 88–90)



- Moderne Weiterentwicklung der KfW zu einer Innovations- und Investitionsagentur, um den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft zu unterstützen.
- Förderung von Start-ups: Organisatorische Unterstützung (One-Stop-Agenturen für Gründende), erleichteter Zugang zu Kapital durch Projektförderung, öffentliche Fonds für Wagniskapital und Änderungen im Insolvenzrecht.
- Förderung der sozialökologischen und digitalen Transformation der Wirtschaft, bspw. durch Transformationszentren.

(Wahlprogramm SPD; S. 19f)



- Vorantreiben des Ausbaus von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und Entrepreneurship-Ausbildungen.
- Gründungskapital (Einmalbetrag max. 25.000€), damit Innovationen nicht am Eigenkapital scheitern (Bedingungen: Ausrichtung an den UN-Nachhaltigkeitszielen, Wirtschaftsprüfung).
- Vorantreiben einer Vereinheitlichung des europäischen Gründungs- und Gesellschaftsrechts.
- Finanzierungsreformen für Gründungen und Start-up der Green Economy sollen angepasst werden, um Barrieren abzubauen.
- Förderung von Pilotanlagen für noch nicht marktreife emissionsarme Technologien.

(Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen; S. 62f, 66, 76)

Vorschläge der Parteien



- Förderung einer ideologiefreien und umweltpolitischen Gesetzgebung.
- Förderung einer innovativen Start-up-Kultur.
- Förderung nach einem branchenunabhängigen Gründungszuschuss (entkoppelt von einer vorhandenen Arbeitslosigkeit), Vorbild bspw. NRW-Gründerstipendium, soziale Absicherung: max. 15 Monate eine Pauschale von 300€, für eine freiwillige Absicherung in der gesetzlichen Sozialversicherung.
- Ausbau von diplomatischen Beziehungen zu Technologieunternehmen, Start-ups, Gründern und Entwicklern (national sowie international).
- Gründende sollen beim Zugang zu und bei der Einwerbung von Wagniskapital unterstützt werden, durch die Richtung eines Venture-Capital-Fonds. Unterstützung von weiblichen Gründerinnen durch die Schaffung eines Netzwerks für Investorinnen. Durch den Fond soll die Chancengleichheit beim Zugang zu Wagniskapital gesichert werden.

(Wahlprogramm FDP; S. 12, 46, 52)



- Einrichtung einer sozialökologischen Wirtschaftskammer, um Pilotprojekte und sozialökonomische Gründungen finanziell zu fördern und zu unterstützen.

(Wahlprogramm DIE LINKE; S. 61)

Vorschläge der Parteien



- Beteiligung an Start-ups sollen erst dann besteuert werden, wenn aus den Beteiligungen Gewinne erzielt, oder Anteile veräußert werden.
- Schaffung einer eigenen Anteilsklasse, damit die Übertragung von Anteilen an Mitarbeiter verbessert wird, um Fachkräfte besser zu binden.

(Wahlprogramm CDU/CSU; S. 90)



- Förderung von Unternehmensgründungen: organisatorische Unterstützung wie One-Stop-Agenturen für Gründende, verbesserter Zugang zu Kapital durch Projektförderung sowie öffentliche Fonds für Wagniskapital und Anpassungen im Insolvenzrecht.
- Staatliche Investitionsförderungen sollen den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse unterstützen und klima- und umweltschädliche Subventionen sollen abgebaut werden.

(Wahlprogramm SPD; S. 10, 20)



- Ein staatlicher Wagniskapitalfonds soll Gründende unterstützen.
- Ein Zukunftsfonds soll mehr Pilotprojekte finanzieren, bspw. Greentech, KI, nachhaltige Mobilität oder Life-Sciences – dafür braucht es Risikokapital, das die Grünen fördern wollen.

(Wahlprogramm Die Grünen/Bündnis 90; S. 76f)

Vorschläge der Parteien



- Steuerliche Belastung von Unternehmen soll auf den OECD-Durchschnitt von 25% sinken.
- Rückgängigmachen der Vorfalligkeit bei der Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen, um die bürokratische Belastung zu senken und dem Unternehmen weniger Kapital zu entziehen.

(Wahlprogramm FDP; S. 6, 21)



- Das Thema wurde im Wahlprogramm nicht ausdrücklich adressiert.

Vorschläge der Parteien



- Der Zukunftsfonds I wurde bereits auf den Weg gebracht. Dieser soll nun ausgeweitet werden, u.a. durch den Ausbau von Wagniskapital bzw. Beteiligungsfinanzierungen für technologieorientierte Jungunternehmen.
- Die Forschungszulage soll noch einmal um die Bemessungsgrundlage auf 8 Millionen € pro Unternehmen verdoppelt werden.
- Das Modell für Vorzugskapital (preferred equity) für die Wachstumsphase von KMU und Start-ups soll geprüft werden.
- Abbau von steuerlichen und bürokratischen Hürden für die Niederlassung großer Venture Capital Fonds.
- Beschleunigen von Innovationszyklen: Förderung von Power-to-X-Technologien und Schaffung eines Marktrahmens für klimaneutrale Gase.

(Wahlprogramm CDU/CSU; S. 44, 84, 90)



- Direkte Investitionsförderungen sollen für klimaschonende Produktionsprozesse staatlich unterstützt und höhere Kosten von klimaschonenden Technologien ausgeglichen werden. Klima- und umweltschädliche Subventionen werden abgebaut.
- Neue Innovationsimpulse: Vergabekriterien sollen stärker auf Innovationen, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

(Wahlprogramm SPD; S. 10, 19)



- Der Zukunftsfonds soll verstreute Förderangebote bündeln und ein Vielfaches an privaten Geldern hebeln.
- Aufbau von einem Sekundärmarkt für Direktinvestitionen und Anteile an Wagniskapitalsfonds (bspw. Co-Investing-Plattform).
- Anpassung von Finanzierungsreformen gezielt für Gründungen von Start-ups der Green Economy.
- Abbau von Barrieren beim Zugang zu Aufträgen der öffentlichen Beschaffung.
- Start-ups sollen bei öffentlichen Vergaben besser miteinbezogen werden (Vereinfachung von Vergabeverfahren und Regeln zur Eignungsprüfung).
- Öffentliche Beschaffung mit Fokus auf die ressourcenschonendsten Produkte und Dienstleistungen.

(Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen; S. 16, 62, 76)

Vorschläge der Parteien



- Ausbau des Zukunftsfonds (Dachfonds) zur Start-up Finanzierung.
- Investitionen in Wagniskapital soll für privates Kapital attraktiver werden. Durch den Dachfonds sollen die Hürden (bspw. zu hohe Eigenkapitalanforderungen) überwunden werden.
- Anpassung des Steuerrechts, um die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung Wagniskapital zu verbessern.

(Wahlprogramm FDP; S. 6, 12)



- Das Thema wurde im Wahlprogramm nicht ausdrücklich adressiert.

Vorschläge der Parteien



- Klimaschutzziele: Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65% gegenüber dem Referenzjahr 1990. Im Jahr 2040 dann eine Minderung um 88%, um 2045 die Treibhausgasneutralität zu erreichen.
- Der Green Deal soll zu einem neuen nachhaltigen Wachstumsmotor der EU werden, durch marktwirtschaftliche Instrumente, Anreize, Innovationen und Wettbewerb und durch die Zusammenarbeit mit Industrie und Landwirtschaft.
- Der Wettbewerb der besten Ideen soll technologieoffen gefördert werden.
- Zukünftig sollen Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂-Reduktion steuerlich besser abgesetzt werden können.
- Klimaeffizienzreform: energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte sollen stärker auf CO₂-Ausstoß ausgerichtet werden.

(Wahlprogramm CDU/CSU; S. 21,30,41)



- Klimaschutzziele: Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65% gegenüber dem Referenzjahr 1990. Im Jahr 2040 dann eine Minderung um 88%, um 2045 die Treibhausgasneutralität zu erreichen.
- „Klimaneutrales Deutschland“ als Jobmotor der Zukunft.
- Schlüsseltechnologie auf dem Weg zur Klimaneutralität soll gefördert werden.
- Gerechtere Finanzierung der EU: Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine CO₂-Grenzabgabe, neue Einnahmen aus dem Emissionshandel nutzen.
- Alle geeigneten Dächer sollen mit Solaranlagen aufgerüstet werden (auf öffentliche Gebäude und gewerbliche Neubauten).

(Wahlprogramm SPD; S. 8 – 10, 55)



- Klimaschutzziele: Das Ziel für 2030 auf mind. 70% Reduktion anheben. Bis 2035 100% erneuerbare Energien. Klimaneutralität bis 2041.
- Die Industrie soll zum Technologievorreiter bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse werden („made in Germany“). Die Transformation soll durch Investitionszuschüsse und degressive Abschreibungen gefördert werden.
- Investitionssicherheit durch Klimaverträge (CCfD) und durch Quoten für den Anteil CO₂-neutraler Grundstoffe sollen Leitmärkte für CO₂-freie Produkte geschaffen werden.
- Ausbau der erneuerbaren Energien und einer Ausrichtung des Energiemarktdesigns auf Sonne und Wind.
- Schaffung einer nachhaltigen Batteriezellenproduktion in Europa (klare Vorgaben durch Ökostandards und Forschungs- und Förderprogramme).
- 2023: Erhöhung des CO₂-Preises auf 60€. Der CO₂-Preis soll dann so ansteigend, das er mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert. Die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis sollen als Energiegeld pro Kopf an die Menschen zurückgegeben werden.

(Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen; S. 19ff, 62 – 64)

Vorschläge der Parteien



- Die FDP bekennt sich zu den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und dem Pariser Klimaabkommen.
- Ausweitung des EU-Emissionshandels (EU-ETS) auf alle Sektoren.
- Forderung nach einem globalen CO₂-Zertifikatenhandel. Als Übergang soll die EU in einer WTO-konformen Weiterentwicklung des „Carbon Leakage“-Schutzes unterstützt werden, sodass emissionsintensive Industrien nicht ins Ausland abwandern.

(Wahlprogramm FDP; S. 45f, 56)



- Klimaschutz: bis 2035 klimaneutral. Bis 2030 eine Reduktion von mind. 80% im Vergleich zu 1990.
- Forderung nach ausschließlich grünem Wasserstoff. Wasserstoff soll nur eingesetzt werden, wo es keine effizienteren Möglichkeiten gibt (bspw. Dekarbonisierung der Stahlindustrie).
- Die unterirdische Verpressung von CO₂ soll verboten werden (CCS). Stattdessen sollen Senken gefördert werden.
- Der Emissionshandel als Leitinstrument im Klimaschutz wird abgelehnt. Es soll verbindliche Klimaziele geben, an die sich Konzerne halten.
- Europäischer CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, um Import CO₂-intensivere Produkte zu bepreisen.
- Strom- und Wärmenetz sollen in die öffentliche Hand überführt werden, Vergesellschaftung von großen Energiekonzernen.
- Bundeseinheitliches Netzentgelt, um Preisunterschiede zu vermeiden zwischen Regionen mit viel erneuerbaren Energien und wenigen.
- Öffentliche Gelder sollen umgehend aus Anlagen in Unternehmen der fossil-atomaren Energiebranche abgezogen werden.
- Sofortiger Kohleausstieg und Ausbau von erneuerbaren Energien. Errichtung einer „Europäischen Gemeinschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung“

(Wahlprogramm DIE LINKE, S. 61, 68–72, 149f)

Quellenangaben

Wahlprogramm CDU/CSU [16.09.2021]:

<https://online.fliphtml5.com/kxyi/eyjg/#p=1>

Wahlprogramm SPD [16.09.2021]:

<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen [16.09.2021]:

https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf

Wahlprogramm FDP [16.09.2021]:

https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP_BTW2021_Wahlprogramm.pdf

Wahlprogramm DIE LINKE [16.09.2021]:

https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)
Chausseestraße 128 a
10115 Berlin
Tel: +49 (0)30 66 777-0
Fax: +49 (0)30 66 777-699
E-Mail: info@dena.de
www.techfornetzero.de
www.dena.de

Bildnachweis:

Titel – shutterstock/StarLine

Stand:

09/2021

Bitte zitieren als:

Deutsche Energie-Agentur (Hrsg.) (dena, 2021)
„Tech for Net Zero Allianz:
Innovationspolitik zur Klimaneutralität. Kurzanalyse
von Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021.“
Alle Rechte sind vorbehalten. Die Nutzung steht
unter dem Zustimmungsvorbehalt der dena.